

Was hilft der Organspende?

Die Organspendezahlen befinden sich im Sinkflug. Die Rezepte dagegen liegen in den Kliniken und beim Gesetzgeber.

von Jürgen Brenn

Wenig Anlass zur Freude bieten die vorläufigen Organspendezahlen des Jahres 2011. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) hat kürzlich die Zahl der Organspender des vergangenen Jahres veröffentlicht. Bundesweit sank diese im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent auf 1.200. Das sind 96 Spender weniger als 2010. Die Zahl der Organspender pro eine Million Einwohner ist damit von 15,9 auf 14,7 gesunken. Wie stark der Rückgang 2011 ausfiel, zeigt der Blick auf 2008, dem schlechtesten der vergangenen fünf Jahre. Damals konnten 14,6 Organspender pro eine Million Einwohner gezählt werden.

Rückgang trotz starkem zweitem Halbjahr

„Wir nehmen den Rückgang der Organspender sehr ernst und arbeiten mit den Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken unermüdlich an Möglichkeiten und Wegen, um mehr Menschen mit einer Transplantation zu helfen“, sagte der Medizinische Vorstand der DSO, Professor Dr. Günter Kirste, bei der Vorstellung der Jahresstatistik. Dass der Rückgang im Jahresmittel lediglich 7,4 Prozent betrug, ist dem Aufwärtstrend im zweiten Halbjahr 2011 zu verdanken. In den ersten beiden Quartalen lag der Rückgang noch im zweistelligen Bereich.

Gegen den Bundestrend stemmte sich allein die Region Ost mit einer Steigerung der Spenderzahlen um 7,1 Prozent. In dieser Region fasst die DSO die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammen.

In Nordrhein-Westfalen fiel die Zahl der Organspender von 256 in 2010 auf 243 im vergangenen Jahr, was einem Rückgang um rund fünf Prozent entspricht. Die Anzahl der Organe, die entnommen werden konnten, stieg dagegen von 804 auf 811. Auch wurden in NRW als einziger



*Sich frühzeitig zur eigenen Organspende äußern, hilft nicht nur den Angehörigen.
Foto: BZgA*

DSO-Region 2011 mehr Organtransplantationen vorgenommen als im Jahr zuvor. Im DSO-Regionen-Ranking belegt NRW mit 13,6 Organspender pro eine Million Einwohner den vorletzten Platz vor Baden-Württemberg mit 10,7.

Einigkeit der Politiker

Angesicht von rund 12.000 Patientinnen und Patienten auf der Warteliste ist das Ziel aller Bemühungen, mehr Organspenden zu realisieren. Dazu werden auf verschiedenen Ebenen Anstrengungen unternommen. Auf der politischen Bühne hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres eine weitgehend einheitliche, fraktionsübergreifende Zielrichtung für eine Änderung des Transplantationsgesetzes herausgestellt. So haben sich Ende 2011 die Spitzen von Bundestag und Bundesregierung für die sogenannte Entscheidungslösung ausgesprochen. Dies bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert werden, sich dazu zu äußern, ob sie ihre Organe im Falle eines Hirntodes spenden wollen oder nicht. Allerdings sind die Bürger nicht verpflichtet sich zu erklären. Die

DSO begrüßte die politische Absichtserklärung als ein „positives Signal für alle Patientinnen und Patienten auf der Warteliste“. „Entscheidend ist jetzt, das gemeinsame Ziel, die Zahl der Organspender in Deutschland zu erhöhen, nicht nur zu vertreten, sondern im Transplantationsgesetz verbindlich festzuschreiben“, erklärte Kirste von der DSO. Er sieht in der Entscheidungslösung einen geeigneten Weg, um die große Diskrepanz zwischen in Umfragen geäußelter Zustimmung und dokumentiertem Willen im Organspendeausweis zu schließen und die Auseinandersetzung mit dem Thema aktiv zu fördern.

Derzeit liegt die Frage nach einer Organspende in neun von zehn Todesfällen bei den Angehörigen, wie die DSO mitteilte. Nach den Erfahrungen in den Krankenhäusern haben lediglich sieben Prozent der Patientinnen und Patienten ihren Willen zur Organspende schriftlich, etwa in einem Organspendeausweis, niedergelegt. Bei 27,6 Prozent war der mündliche Wille ausschlaggebend, bei 42,4 Prozent der mutmaßliche Wille. Bei insgesamt 24,4 Prozent der Fälle, die zu einer Zustimmung oder Ablehnung geführt haben, gab es keinen Anhaltspunkt für den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen. Die Ablehnungsrate ist mit über 40 Prozent dann am höchsten, wenn die Entscheidung alleine im Ermessen der Angehörigen liegt. Aus Unsicherheit, die falsche Entscheidung zu treffen, kommt es hier in vier von zehn Fällen zu einer Ablehnung

Materialien zur Organspende

Bei der Ärztekammer Nordrhein können folgende Materialien zum Thema Organspende kostenlos angefordert werden:

- Organspendeausweis
- Broschüre „Organspende – eine persönliche und berufliche Herausforderung“ (BZgA)
- Informationen zur Organspende (Ärztekammer Nordrhein)

Bestellungen richten Sie bitte an:
 Ärztekammer Nordrhein, Pressestelle,
 Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf,
 E-Mail: pressestelle@aekno.de,
 Tel.: 02 11/43 02-20 11,
 Fax: 02 11/43 02-20 19

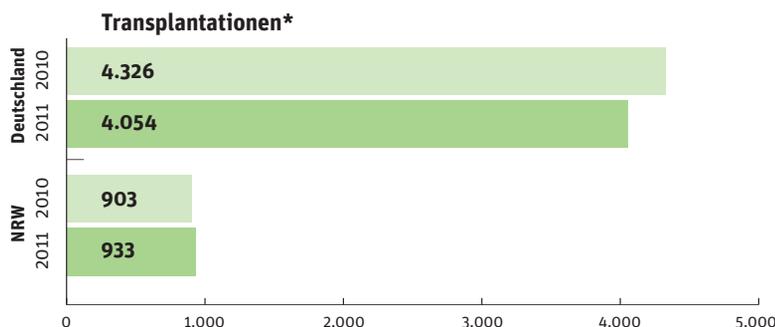
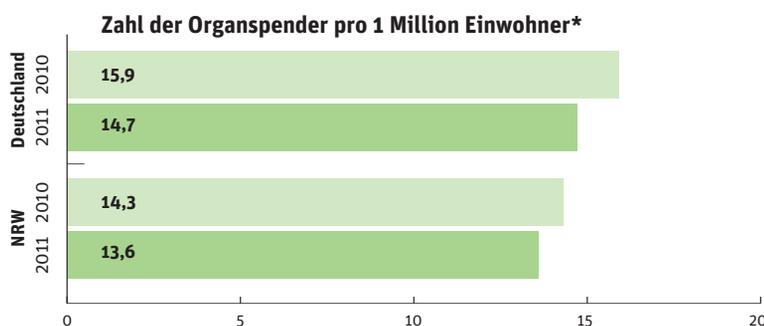
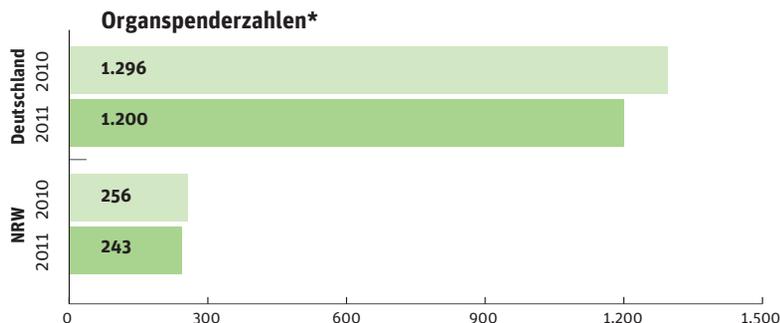
der Organspende. Die Angehörigen werden zu dem Thema in einer emotional hoch belasteten Situation befragt, in der sie sich mit ihrer Trauer und dem Verlust eines Verwandten auseinandersetzen müssen. Diese Situationen könnten auf den Intensivstationen abnehmen, wenn mehr Menschen sich frühzeitig zur eigenen Organspende äußern würden. Die Entscheidungslösung setzt genau an diesem Punkt an.

Aber nicht allein die gesetzliche Neuregelung und eine flankierende intensivierete öffentliche Information zur Hirntoddiagnostik, der Organentnahme und -transplantation sowie zu allen weiteren Aspekten rund um die Organspende könnten die Zahl der Organspenden erhöhen. Wie ein Blick auf den europäischen Spitzenreiter Spanien mit rund 30 Spendern pro eine Million Einwohner zeigt, liegt vor allem auf den Intensivstationen der Kliniken der Schlüssel für mehr Spenden. Aus diesem Grund verstärkten die DSO, das Bundesgesundheitsministerium und die Deutsche Krankenhausgesellschaft vor zwei Jahren mit dem Projekt „Inhousekoordination“ die Kooperation mit den Universitätskliniken und Krankenhäusern mit neurochirurgischer Intensivstation. Bundesweit beteiligten sich 112 von rund 150 dieser Kliniken an dem Pilotprojekt. Projektziele waren, die Datenlage zu verbessern, um das Spenderpotenzial besser einschätzen zu können, sowie in den jeweiligen Krankenhäusern Verbesserungen herbeizuführen, um mittel- bis langfristig Strukturen zu schaffen, die eine konsequente Ausschöpfung der Spenderpotenziale gewährleisten.

Organspende versus Patientenverfügung

Der Anfang 2012 vorgelegte Zwischenbericht des Projektes benennt als einen Hemmschuh in den Kliniken die Patientenverfügungen. „Immer häufiger scheinen Patientenverfügungen eine Organspende auszuschließen, weil der Patient sich nicht explizit dazu geäußert hat und gleichzeitig intensiv-medizinische Maßnahmen ablehnt“, sagte DSO-Vorstand Kirste bei der Vorstellung des Berichts. Damit scheint eine Situation entstanden zu sein, in der sich zwei von der Ärzteschaft positiv bewertete Maßnahmen in die Quere kommen und sich teils gegenseitig aushebeln können. Denn Hirntoddiagnostik und eine Organentnahme schließen eine

12.000 Menschen warten derzeit bundesweit auf ein Organ: Organspenden und Transplantationen in Deutschland



* vorläufige Zahlen der DSO

intensiv-medizinische Betreuung zwangsläufig mit ein. Wenn solche Maßnahmen in einer Patientenverfügung deutlich ausgeschlossen sind, schließt dies automatisch auch eine Organspende aus. In kaum einer Patientenverfügung findet sich ein Passus, der diesen Spezialfall behandelt. Was viele Patienten ebenfalls nicht wissen: Auch ältere Patientinnen und Patienten kommen durchaus als Organspender infrage.

Der DSO-Vorstand sieht trotz der schlechten Organspenderzahlen den eingeschlagenen Weg der intensiven Zusammenarbeit mit den Kliniken, der optimierten Prozessgestaltung und Schulung der Ärzte und Pflegekräfte vor Ort als richtig

an. „Die Einführung der Koordinatoren in den Krankenhäusern ist maßgeblich für den Erfolg der Organspende verantwortlich“, so Kirste. Erst an zweiter Stelle komme die vom Gesetzgeber geschaffene Regelung. Auch dies kann am Beispiel Spanien gezeigt werden: Dort steht im Gesetz die Widerspruchslösung; in der klinischen Praxis werde allerdings die Zustimmungslösung gelebt und die Angehörigen würden in die Entscheidung für oder gegen eine Organspende mit einbezogen, wie derzeit auch in Deutschland. Durch eine intensivere Aufklärung der Bevölkerung über Jahre hinweg hat sich in Spanien eine positive Einstellung zu dem Thema etabliert, die auch am Intensivbett Bestand hat.